

Als vielleicht wichtigstes Element zum Gelingen einer Energiewende in Deutschland ist aber die Europäische Union zu nennen. Ohne einen funktionsfähigen EU-

Energiebinnenmarkt wird eine auf Erneuerbare Energien basierende Energieversorgung für Deutschland kaum möglich sein.

EUROPÄISCHE UNION

Joscha Ritz | KAS-Europabüro, Brüssel

Die Europäische Union hat umgehend auf das Atomunglück in Japan reagiert. Bereits am Rande des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs am 11. März unterstrichen Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rats, und Kommissionspräsident Barroso in einer gemeinsamen Erklärung ihre Solidarität mit Japan. Energiepolitisch bestand die Herausforderung darin, eine gemeinsame europäische Antwort zu finden, um – im Geiste der Solidarität – der Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Dies wurde zum einen dadurch erschwert, dass die Positionen der Mitgliedstaaten zur Atomenergie stark divergieren. Zum anderen liegen der nationale Energiemix sowie weite Teile der nuklearen Sicherheit in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Auf einem eilig durch Energiekommissar Günther Oettinger einberaumten Sondertreffen einigten sich die EU-Energieminister am 15. März auf EU-weit einheitliche Stresstests für die 143 Atomkraftwerke in der EU. Dabei sollen Risiken wie Erdbeben, Flugzeugabstürze, Terror- oder Cyberangriffe, Flutwellen und Stromausfälle berücksichtigt werden. Fest steht bereits, dass Faktoren wie Alter, Typ und Lage des Atomkraftwerks Rechnung getragen wird. Die Stresstests werden freiwillig erfolgen und von unabhängigen Experten durchgeführt werden. Die Kommission wurde damit beauftragt, diesbezügliche Details auszuarbeiten. Unterstützt wird sie dabei durch weitere Koordinierungstreffen von Vertretern der Mitgliedstaaten, der Atomsicherheitsbehörden und der Atomindustrie. Bis Ende Juni sollen einheitliche Kriterien und Standards feststehen, sodass die Tests in der zweiten Jahreshälfte durchgeführt werden können. Europaweite Stresstests waren im Vorfeld auch von den beiden stärksten Fraktionen im Europäischen Parlament, der Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten (S&D), gefordert worden. Entsprechend wurde die umgehende Reaktion der Kommission begrüßt. Oettinger kündigte ferner an, Nachbarländer wie die Schweiz, Russland oder die Türkei einzubezie-

hen und die Diskussion über verschärfte Sicherheitsstandards auch in die Internationalen Atomenergiebehörde sowie die G8 und G20 zu tragen. Es bleibt abzuwarten, ob es gelingt, hinreichend strikte europäische Standards zu entwickeln. Zudem ist nicht abschließend geklärt, wie mit Atomkraftwerken zu verfahren ist, welche den Stresstest ggf. nicht bestehen.

Darüber hinaus hat die Diskussion über weitere Konsequenzen für die EU-Energiepolitik begonnen. Die Kommission schlägt vor, die Anwendung und eine mögliche Vertiefung der neuen Kernenergiesicherheits-Richtlinie früher als ursprünglich vorgesehen, d.h. noch deutlich vor 2014, zu debattieren. Zudem geht es bereits um Folgen für die EU-Energiepolitik, die sich aus einer möglichen Abkehr von der Kernenergie in einigen Mitgliedstaaten ergeben könnten. Fraglich ist in diesem Zusammenhang vor allem, ob unter solchen Voraussetzungen noch die kurz- und mittelfristigen EU-Ziele zur Reduktion von CO₂-Emissionen erreicht werden können. Angestrebt wird, die CO₂-Emissionen – im Vergleich zu 1990 – bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken. Kernenergie als vergleichsweise CO₂-arme Form der Energiegewinnung stellt in einigen Mitgliedstaaten ein wichtiges Instrument zur Zielerreichung dar. Vor diesem Hintergrund fordert Peter Liese, EVP-Koordinator im Umweltausschuss, größere Anstrengungen bei der Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Joseph Daul, gibt darüber hinaus zu bedenken, dass die Bedeutung der Kernenergie für die Energieunabhängigkeit Europas nicht ausgeblendet werden darf.

Die Kommission hat in Reaktion auf die Atomkrise ihre traditionelle Zurückhaltung in atompolitischen Fragen aufgegeben. So berief Oettinger nicht nur einen Sondergipfel der EU-Energieminister ein, der Energiekommissar sprach sich zudem für die Durchführung von

Studien aus: Deren Ziel wäre zu untersuchen, ob der Energiebedarf der EU kurz- und mittelfristig auch ohne Kernenergie gedeckt werden kann. Zudem äußerte Oettinger seine Erwartung, dass nicht alle Atomkraftwerke den hohen EU-Sicherheitsstandards genügen werden. Einige Mitgliedstaaten befürchten daher einen Eingriff in die Festlegung des nationalen Energiemix, für den gemäß Art. 194 Abs. 2 AEUV ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig sind. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich zeigen, ob es in Folge der Krise zu einer verstärkten Europäisierung der Atompolitik kommt.

Die Reaktion der EU auf das Atomunglück in Japan wird die EU-Energieminister erneut auf ihrem Sonder-treffen am 21. März beschäftigen. Zudem hat Van Rompuy das Thema auf die Agenda der Tagung der Staats- und Regierungschefs am 24. und 25. März gesetzt. Dann dürften auch weitere Dimensionen der EU-Reaktion auf die Krise in Japan auf dem Tisch liegen. So hat die Kommission – im Sinne des Vor-sorgeprinzips – die Mitgliedstaaten aufgefordert, Nahrungsmittelimporte aus Japan auf eine mögliche radioaktive Kontamination zu überprüfen. Ferner hat die Kommission bereits Maßnahmen zur Koordination humanitärer Hilfe der Mitgliedstaaten eingeleitet.

NIEDERLANDE UND BELGIEN

Olaf Wientzek | KAS-Europabüro, Brüssel

Nach der Katastrophe in Japan konzentriert sich sowohl in den Niederlanden als auch in Belgien die Diskussion auf die Zukunft der Nuklearenergie im eigenen Land. Auch die deutsche Position wird in beiden Ländern aufmerksam verfolgt und eher kritisch kommentiert.

NIEDERLANDE

In den Niederlanden dominierte der Unfall im japanischen AKW Fukushima in der vergangenen Woche die Titelseiten der Zeitungen. Unter anderem wurde die Debatte über die Kernenergie im eigenen Land neu entfacht. In besonderem Fokus stehen hier einerseits die Sicherheit des einzigen Kernkraftwerks des Landes in Borssele sowie andererseits die Diskussion um den Bau eines weiteren Kraftwerks. Auch die zeitweilige Schließung von Kernkraftwerken in Deutschland wird im Nachbarland kommentiert.

Der Bau neuer Kernkraftwerke war sowohl in den Parlamentswahlen 2010 als auch in den Provinzwahlen am 2. März 2011 ein Wahlkampfthema. Die von den Populisten der PVV geduldete gegenwärtige Minderheitsregierung von Rechtsliberalen (VVD) und Christdemokraten (CDA) sieht in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm die Errichtung eines zweiten Kernkraftwerks vor. Der Baubeginn ist für 2015 vorgesehen. Dieses Kernkraftwerk soll neben dem bereits bestehenden einzigen Kernkraftwerk Borssele gebaut werden, welches sich in der Provinz Zeeland nur wenige

Kilometer von der Meeresküste befindet. Auch nach den Ereignissen in Japan beeilten sich die Vertreter sowohl von VVD als auch CDA zu versichern, dass sich daran nichts Grundlegendes ändern werde. Mit Ausnahme von GroenLinks, die sich ausdrücklich gegen diesen Bau positioniert haben, halten sich die anderen Oppositionsparteien zu dieser Frage noch bedeckt. Selbst einige Atomkraftgegner unter den Parlamentariern warnten davor, nun auf dem Rücken der Opfer eine Atomkraftdebatte zu entfachen. Allgemein wird mehrfach darauf hingewiesen, dass die Unglücksfälle durch zwei gleichzeitig stattfindende Naturkatastrophen ermöglicht wurden, die in den Niederlanden so nicht möglich seien. Vor einem vorschnellen Ausstieg wird auch mit dem Verweis gewarnt, dass eine erhöhte energetische Abhängigkeit von autokratischen Staaten ebenfalls nicht wünschenswert sei. Gleichwohl wird nun eine rege Diskussion über die Sicherheitsstandards geführt: So bekräftigte der christdemokratische Wirtschaftsminister Maxime Verhagen mehrfach, dass aus den nun EU-weit angeordneten Stresstests entsprechende Lehren gezogen würden. Zudem wird betont, dass das neue Kernkraftwerk nur nach modernsten Standards und nur unter Einhaltung strenger Auflagen hinsichtlich Sicherheit und Entsorgung gebaut würde. Etwas mehr Beunruhigung herrscht in der Bevölkerung. So gehen in einer Umfrage rund zwei Drittel der Befragten davon aus, dass sich auch in den Niederlanden ein ähnlich schwerer Unfall ereignen könnte; lediglich die Wähler des CDA und teilweise